

Waltraud Wolff (Wolmirstedt)

- (A) In Ihrem Antrag sprechen Sie trotzdem davon, dass die Formulare zu umfangreich seien.

(Birgit Homburger [FDP]: Genau!)

Wir haben heute schon gehört, was alles auszufüllen ist. Erklärungshilfen, Frau Homburger, dienen der Erläuterung und müssen nach meiner Kenntnis nicht ausgefüllt werden.

(Kurt J. Rossmannith [CDU/CSU]: Ein Antrag zur Erteilung eines Antragsformulars!)

Von den Befragten wurde das Personal des Zollamts ausdrücklich gelobt. Ich möchte auch von hier aus ein herzliches Dankeschön sagen, weil diese Mitarbeiter überaus hilfsbereit sind.

Nun zum Kritikpunkt, die Erstattung käme zum Teil recht spät. Man muss einmal feststellen, dass die Abrechnungsanträge im gesamten Folgejahr, also von Januar bis Dezember, gestellt werden können. Für das Jahr 2002 waren es insgesamt 310 000 Anträge. Wenn allein im Dezember, also im letzten Monat kurz vor Ultimo, 80 000 Anträge eingehen, dann ist es doch logisch, dass es einen Antragsstau gibt. Das bedeutet natürlich, dass diejenigen, die ihre Anträge sehr früh im neuen Jahr stellen, von Wartezeiten betroffen sind. Aber ich garantiere Ihnen: Wenn wir die **Antragsfristen** auf die Zeit bis Oktober verkürzen würden, dann hätten wir zwar einen reibungslosen Ablauf, aber Sie von der FDP wären die Ersten, die mit einem Aufschrei die staatliche Überreglementierung anprangern würden.

- (B) Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht hier um Bundesmittel in Höhe von rund 370 Millionen Euro, Tendenz steigend. Tatsache ist, dass wir für das Jahr 2003 mit fast 430 Millionen Euro Beihilfe zu rechnen haben. Die Opposition weiß sehr gut, dass wir uns kein lasches Antragsverfahren leisten können; immerhin sind wir dem Steuerzahler verpflichtet.

Was Sie auch wissen müssen: Der Berufsstand befürwortet das jetzige verbrauchsbezogene Verfahren. Außerdem haben wir mit der möglichen Teilvergütung für das erste Halbjahr einen ganz guten Weg gefunden und die übermäßige Belastung durch Vorfinanzierung verhindert.

Natürlich kann die FDP nicht darauf verzichten, in ihrem Antrag den im Vergleich zum EU-Ausland höheren Steuersatz für Agrardiesel ins Feld zu führen. Noch einmal zur Erinnerung, damit Sie es nicht vergessen: Wir haben 2002 den Steuersatz für Agrardiesel noch einmal gesenkt auf heute 25,56 Cent je Liter.

(Kurt J. Rossmannith [CDU/CSU]: Etwas weniger Schmerz verursacht!)

Ich erinnere auch noch einmal daran, dass es die unionsgeführten Bundesländer waren, die zum Jahr 2000 die gesamte Agrardieselreform mit überzogenen Forderungen gefährdet haben. Ihre eigenen Finanzminister hätten das nie mitgetragen. Sie wollen uns heute hier hoffentlich nicht weismachen, dass das im Sinne des Berufsstandes gewesen ist.

(C) Auch wenn Sie es immer herunterspielen: Die Agrardieselregelung ist und bleibt eine **Entlastung für die Betriebe**. Wir müssen weg vom Gießkannenprinzip und die Landwirtschaft gezielt unterstützen. Das sind doch auch immer Ihre Forderungen. Wir setzen stark auf die zweite Säule der Agrarpolitik und unterstützen in hohem Maße die Landwirte, die sich für Umwelt und Tierschutz einsetzen.

Meine Damen und Herren, das EEG und die Biomasseverordnung bieten schon jetzt sehr gute Einkommensmöglichkeiten und diese Konditionen sollen noch weiter verbessert werden. Bauern, die Biodiesel einsetzen, sind steuerbefreit. Jetzt kommt es nur darauf an, dass die von den EU-Finanzministern erarbeitete **Energiesteuer-richtlinie** zügig verabschiedet wird, damit der Biotreibstoff auch weiterhin steuerbefreit bleibt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen die Betriebe, aber Ihr konservativerer Ansatz, der in keiner Weise Umwelt- und Verbraucherschutz angemessen honoriert, findet bei uns keinen Anklang.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

(D) Frau Kollegin Wolff, es wird Sie sicher beruhigen, dass wir Ihre Überschreitung der Redezeit genauso toleriert haben wie die kritisierte Überschreitung bei den anderen Kollegen.

Wir sind damit am Schluss dieser Aussprache. Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 15/833 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, wobei die Federführung beim Finanzausschuss liegen soll. – Ich stelle Einverständnis zu diesem Vorschlag fest. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Peter Gauweiler, Günter Nooke, Bernd Neumann (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Deutsch als dritte Arbeitssprache auf europäischer Ebene – Verstärkte Förderung von Deutsch als lernbare Sprache im Ausland

– Drucksache 15/468 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Auswärtiger Ausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert

- (A) höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Dr. Peter Gauweiler für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag zielt auf zwei Dinge: Erstens wollen wir die ständige Benachteiligung unserer Sprache in den Gremien der Europäischen Union endlich beenden und zweitens eine Behinderung der Menschen, die auf der ganzen Welt Deutsch als Fremdsprache erlernen wollen, beseitigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, die Menschen, die sagen, das sei kein Nebenthema, haben Recht. Parlament kommt von „parlare“ und das heißt „sprechen“. Die Umweltschützer unter Ihnen wissen, dass wir unsere Sprache schützen müssen wie unsere Gewässer.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Unser Ziel ist, in der Europäischen Union die Sprache Deutsch neben Englisch und Französisch als dritte Arbeitssprache gleichberechtigt durchzusetzen, was bisher in gar keiner Weise der Fall ist. Unser zweites Ziel ist eine verstärkte **Förderung des Deutschunterrichts im Ausland**. Wir bitten alle sehr herzlich, diese Intention zu unterstützen. Wir räumen gern ein, dass es auf allen Seiten dieses Hauses eindrucksvolle Bemühungen gibt, diesem Ziel näher zu kommen.

(B)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie heute Abend nach dem Heimfahren wider Erwarten von der Politik die Nase voll haben sollten und nicht den politischen Teil der Zeitungen lesen, sondern sich in den Kulturteil flüchten, dann können Sie dort in allen großen deutschen Zeitungen eindrucksvolle Nachrufe auf den nicht sehr bekannten, aber sehr tragfähigen Germanisten Walter Höllerer lesen. Der Germanist **Walter Höllerer**, an den wir heute anlässlich dieser kulturpolitischen Debatte in Dankbarkeit und mit Anerkennung denken, hatte sein ganzes Werk mit einer großen Überschrift versehen. Diese Überschrift lautet: Macht euch verständlich, und zwar in allen Differenzierungen, zu denen eure Sprache fähig ist!

Jeder von uns weiß, dass dies in einer fremden Sprache, zum Beispiel in Englisch oder Französisch, nur bei perfekter Kenntnis dieser fremden Sprache möglich ist. Dies ist bei uns allen und bei Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der Tribüne, selbstverständlich der Fall, aber es gibt eine Mehrheit von Menschen, bei denen dies nicht so ist. Bei allem Respekt vor der Weltsprache Englisch, die zu Recht bereits im Kindergarten gelehrt wird: Gerade in meiner Generation können die Differenzierungen und Verästelungen einer 2 000-jährigen Sprachkultur nicht durch 20 Unterrichtsstunden in der Berlitz-Schule aufgeholt werden.

(C) Nicht umsonst geht es nicht nur in Feuilletons, sondern auch in vielen anderen ernsthaften Überlegungen um die Probleme der **Imponiersprache**. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ hat neulich eine große Abhandlung veröffentlicht, deren Überschrift lautet: „Verlierer sprechen denglisch“. Was ist damit gemeint? Ich zitiere:

Offenbar haben viele Anleger nur Bahnhof verstanden. All diese sprachlichen Entgleisungen stammen von ehemaligen Neuer-Markt-Unternehmen, die allesamt insolvent sind oder „delisted“, wie der angelsachsophile „New-Economy“-Mensch sagen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

„Das muss nicht unbedingt ein Zufall sein“, sagt Walter Krämer, Professor für Statistik ... und Gründer des Vereins Deutsche Sprache.

Die Masche mit der Imponiersprache muss in unserem allgemeinen rot-schwarz-grün-gelben Interesse ein Ende haben. Hier muss der Deutsche Bundestag Vorreiter sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir alle wissen: Im politischen Streit, in der Argumentation oder in beidem muss kein Gegensatz sein. Wir bemühen uns, Wörter zu benutzen, mit denen wir sagen wollen, was wir denken. Wir bemühen uns, dafür gute Wörter zu wählen. Bevor man etwas schreibt, muss man genau wissen: So oder so würde ich sprechen.

(D)

Dies ist den Menschen, die nicht perfekt Englisch oder Französisch können – ich spreche vier Wörter französisch: „la patrie des patries“; Vaterland der Vaterländer soll das heißen –, im Umgang mit den Gremien der Europäischen Union jedoch nicht möglich. Es gibt eine Verordnung zur Regelung der Sprachenfrage, in der im Einzelnen die Amtssprachen der Europäischen Union von Finnisch bis Spanisch festgelegt worden sind.

Es gibt zudem eine Erklärung zu den größten, wichtigsten Sprachen der Kommission, zur Arbeitssprache. Nach der **Erklärung der Kommission zur Arbeitssprache** ist das Deutsche mit dem Englischen und Französischen völlig gleichberechtigt. Dies ist kein Zufall; denn für die meisten Menschen in der Europäischen Union, 91 Millionen Menschen, ist Deutsch die Muttersprache. Zählt man diejenigen Menschen dazu, die Deutsch als erste Fremdsprache gelernt haben, sind es mehr als 130 Millionen Menschen. Nach der EU-Osterweiterung werden es noch mehr Menschen sein.

Es gibt eine Untersuchung über die Sprachenpolitik der Europäischen Union in der Praxis. Darin wird danach gefragt, wer mit wem kommuniziert. Man kommt zu folgendem Ergebnis: Beamte der EU-Kommission kommunizieren mit EU-Organen zu 69 Prozent auf Französisch, zu 30 Prozent auf Englisch und zu 1 Prozent auf Deutsch. Beamte der EU-Kommission kommunizieren mit EU-Staaten zu 54 Prozent auf Französisch, zu 42 Prozent auf Englisch und zu 3 Prozent auf Deutsch. Beamte der EU-Kommission kommunizieren

Dr. Peter Gauweiler

- (A) mit Nicht-EU-Staaten zu 30 Prozent auf Französisch, zu 69 Prozent auf Englisch und zu 1 Prozent auf Deutsch. Der Sympathie der EU-Gremien gegenüber den Deutschen dienen diese Zahlen nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich erkenne sehr an, dass die jetzige Regierung in vielen Fällen, insbesondere im Bereich der Europäischen Kommission, auf der Ebene der Minister, im Rat der Ständigen Vertreter und auch in den Arbeitsgruppen, keine Konflikte gescheut hat, um zumindest eine Übersetzung ins Deutsche durchzusetzen. Die Verhältnisse sind so – ich sage das ohne jeglichen Zynismus –, dass man für diese Selbstverständlichkeit dankbar sein muss.

In den eigentlichen Verwaltungen der Europäischen Union, in den Generaldirektionen und in den Ministerien, ist dies mitnichten der Fall. Das Gleiche gilt für die einzelnen Referate und den internen Schriftverkehr. Das kann auch gar nicht der Fall sein, weil die überwiegende Mehrzahl der Beamten der Europäischen Union und der Generaldirektionen, sofern sie keine deutschen Muttersprachler sind – und das ist keine überwältigend große Zahl –, nicht deutsch sprechen. Das hängt damit zusammen, dass in jedem deutschen Gymnasium mittlerweile mindestens zwei Fremdsprachen verlangt werden, dies bei anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union aber nicht der Fall ist.

- (B) Frankreich hat 1973 beim Beitritt Großbritanniens durchgesetzt, dass alle britischen EU-Beamten französische Sprachkenntnisse nachweisen müssen. Die französischen EU-Beamten haben als erste Fremdsprache – ich hätte beinahe gesagt: selbstverständlich – Englisch. Dies führt dazu, dass weniger als 10 Prozent der Beamten überhaupt in der deutschen Sprache kommunizieren können. Wir halten das für nicht richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wirtschaftsrelevante Daten der **EU-Außenkommunikation** werden fast ausschließlich in Englisch und Französisch veröffentlicht. Die EU-Wirtschaftsdatenbanken arbeiten vorwiegend mit diesen Sprachen. Die 240 000 Ausschreibungen jährlich werden fast ausschließlich in Englisch und/oder Französisch veröffentlicht. Jeder von Ihnen kann sich in einen Firmeninhaber oder Firmenbeauftragten hineinversetzen, der erst umständliche und langwierige Übersetzungen einholen muss, bevor er die meist auch noch fristgebundenen Ausschreibungen überhaupt zur Kenntnis nehmen kann.

Das hausinterne Mitteilungsblatt der EU-Kommission „Commission en direct“ – ich nenne das nur beispielhaft – erscheint ausschließlich auf Englisch und Französisch. Interessanterweise wird von den Bewerbern mittlerweile Englisch als Muttersprache verlangt. Das hat zwar eine Fülle von Protesten verschiedenster Organisationen hervorgerufen, die bisher aber völlig wirkungslos geblieben sind.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass überparteiliche Organisationen das Wort ergreifen. Der **Deutsche Kulturrat** hat vor wenigen Wochen in seiner Resolution „Die deutsche Sprache stärken!“ erklärt:

Der Deutsche Kulturrat unterstützt mit Nachdruck die Bestrebungen, die deutsche Sprache als dritte Arbeitssprache in der Europäischen Union fest zu verankern ... Der Deutsche Kulturrat schließt sich daher den Forderungen an, dass künftig alle EU-Dokumente neben Englisch und Französisch auch auf Deutsch vorgelegt werden.

Wir wollen, dass der Deutsche Bundestag diese Forderungen des Deutschen Kulturrats möglichst einmütig unterstützt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das **Goethe-Institut** hat im März dieses Jahres, also erst vor kurzer Zeit, durch seine Präsidentin Frau Professor Dr. Jutta Limbach erklärt:

Wir wollen mit einer Initiative des Gesamtinstituts, also auch der Kultur- und Informationsangebote, dem Rückgang des Deutschunterrichts weltweit begegnen und so die Stellung der deutschen Sprache im In- und Ausland stärken.

Das ist die Überleitung zu dem zweiten Teil unserer Initiative. Wir sind froh über jeden, der sie unterstützt. Die Debatte um das Einwanderungsrecht wird in diesem Hause nicht nur in diesen Jahren heftig geführt. Ich erinnere mich an eine Anhörung, an der ich als Vertreter der Stadt München in den frühen 80er-Jahren teilgenommen habe. Die Themen haben sich nicht sehr verändert. Bei allen Unterschieden hat man mittlerweile in einem ganz wesentlichen Punkt Übereinkunft erzielt: Ein wesentlicher **Integrationsfaktor** ist die Kenntnis der deutschen Sprache.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, denken Sie bitte an die Redezeit.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Ich brauche noch drei Sekunden.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Eins, zwei, zweieinhalb! – Gegenruf des Abg. Manfred Grund [CDU/CSU]: Herr Kollege Küster, das ist seine erste Rede!)

– Ich spreche jetzt betont einfach. Darum dauert es länger als drei Sekunden, wenn ich das noch darf, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ja, aber sicher.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Nur dann ist ein Einleben in die deutsche Sprachfamilie tatsächlich möglich.

Dr. Peter Gauweiler

- (A) In den letzten zehn Jahren wurde bei den Goethe-Instituten und den deutschen Schulen im Ausland ein dramatischer Abbau vorgenommen. In unserer Geschichte sind noch niemals so viele Menschen aus dem Ausland nach Deutschland gekommen wie in den letzten zehn Jahren und noch niemals ist der Deutschunterricht im Ausland so stark abgebaut worden wie in den letzten zehn Jahren. Ich glaube, dies sollte geändert werden.

Herr Präsident, ich möchte zum Schluss noch vier Zeilen von Heinrich Heine vorlesen. Als er im „Wintermärchen“ von Frankreich her die deutsche Grenze erreicht, sagt er, was alle Menschen beim Thema Sprache empfinden, mit leiser Ironie, aber eben auch in dem Bewusstsein, dass uns diese Sprache anvertraut ist:

Und als ich die deutsche Sprache vernahm,
Da ward mir seltsam zumute;
Ich meinte nicht anders, als ob das Herz
Recht angenehm verblute.

Es soll nicht ausbluten, aber wir wollen uns auch in Zukunft auf Deutsch verständigen können. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gauweiler, das war nicht Ihre erste Parlamentsrede, aber Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag, zu der ich Ihnen herzlich gratuliere.

- (B) (Beifall)

Ich bin nicht sicher, ob im Bayerischen Landtag nach der Ankündigung, noch drei Sekunden zu brauchen, eine weitere Minute Redezeit durchgegangen wäre. Sie mögen daran sehen, wie anständig die Bayern – jedenfalls von Westfalen – im Präsidium behandelt werden.

(Heiterkeit und Beifall – Monika Griefahn [SPD]: Wir werden uns das merken, Herr Präsident!)

– Daran habe ich keinen Zweifel, Frau Kollegin.

Nun erteile ich das Wort dem Staatsminister Hans Martin Bury für die Bundesregierung.

Hans Martin Bury, Staatsminister für Europa:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist ein Kontinent mit vielen Sprachen, Sprachen mit unterschiedlichen Wurzeln, ihrer spezifischen Geschichte und Prägung durch nationale Erfahrungen, Sprachen, deren Vielfalt zum kulturellen Reichtum Europas gehört.

Vor gut fünf Wochen wurde in Athen – dem Ursprung europäischer Demokratie und Kultur – der Vertrag zum Beitritt von zehn ost- und südosteuropäischen Ländern zur Europäischen Union unterschrieben. Europa wird vereinigt. Wir nutzen die großartige Chance, ein Europa des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstandes zu schaffen.

Deutschland liegt nicht nur geographisch im Zentrum der erweiterten Europäischen Union, auch ökonomisch und sprachlich sind wir besonders eng mit unseren Nachbarn verbunden. Die Bundesregierung hat sich seit 1998 erfolgreich allen Versuchen widersetzt, den Status quo in den europäischen Institutionen zulasten der deutschen Sprache zu verändern. Bundeskanzler Schröder und Präsident Chirac haben vereinbart, dass sich Deutschland und Frankreich in der Sprachenfrage in den EU-Institutionen gegenseitig unterstützen. Auf der Grundlage der gemeinsamen **deutsch-französischen Sprachenweisung** vom Mai 2001 ist es Deutschland und Frankreich gelungen, die Dreisprachenpraxis in der Kommission gegen alle Widerstände beizubehalten. Diesen Weg werden wir fortsetzen, auch und gerade in der erweiterten Europäischen Union. (C)

Unser Ziel ist ein EU-Sprachenregime in der erweiterten Union, das die Stellung der deutschen Sprache festigt und zugleich die Effizienz, Transparenz und Legitimität der Institutionen stärkt sowie die Sprachenvielfalt und den kulturellen Reichtum fördert. Europa hatte nie das Ziel, Schmelztiegel zu sein oder zu werden. Europas Stärke ist und bleibt seine Vielfalt. Grundlage der Sprachenpolitik in der EU bleibt, dass sich jeder Bürger in seiner Landessprache an die europäischen Institutionen wenden kann und in seiner Sprache eine Antwort erhält. Wichtige Dokumente und Veröffentlichungen der Union müssen weiterhin in alle Amtssprachen übersetzt werden. Nur so kann das Handeln der Europäischen Union von den Bürgerinnen und Bürgern nachvollzogen und verstanden werden. So werden Transparenz und Bürger- (D)nähe gefördert.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Für die Organe der Europäischen Union müssen allerdings andere Regeln gelten, damit deren Handlungsfähigkeit gewahrt bleibt. In allen europäischen Institutionen gibt es deshalb schon jetzt **spezielle Sprachregime**, die an die neuen Gegebenheiten nach der Erweiterung angepasst und modernisiert werden müssen. Unser Ziel ist dabei auch, die finanziellen Belastungen für Deutschland gering zu halten.

Für den Europäischen Rat und die Ministerräte soll es bei einer Dolmetschung in alle EU-Amtssprachen bleiben. Das entspricht der Bedeutung dieser Organe und wird auch in Zukunft unproblematisch zu gewährleisten sein. Auch viele der anderen Organe, Institutionen und Gremien der Union können ihr bisheriges Sprachregime beibehalten. So sollen zum Beispiel Deutsch, Englisch und Französisch weiterhin die Arbeitssprachen der Kommission und des Ausschusses der Ständigen Vertreter bleiben.

Veränderungen sind allerdings bei den 181 Arbeitsgruppen des Rates notwendig, die jedes Jahr zu über 4 000 Sitzungen zusammenkommen. Bei 20 Arbeitssprachen und 380 denkbaren Sprachkombinationen stößt das bisherige Vollsprachenregime hier zwangsläufig an seine logistischen und finanziellen Grenzen.